



Leitantrag

beschlossen auf dem Kreisparteitag am 18. November 2017 in Pulsnitz

Präambel

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 waren für die CDU schmerzhaft. Neben dem Umstand, dass die CDU landesweit nur noch zweitstärkste Kraft ist, muss auch der Verlust des Direktmandates im Wahlkreis 156 festgestellt werden. Die CDU genießt in großen Teilen der Bürgerschaft nicht mehr das notwendige Vertrauen. Dies muss Anlass für eine konsequente Analyse der Ursachen und eine inhaltliche Neuausrichtung sein, auch wenn der Vertrauensverlust in erster Linie den Herausforderungen der Flüchtlingspolitik seit 2015 zuzuschreiben ist. Wir halten Korrekturen im politischen Handeln für geboten und fordern die Staatsregierung auf, sich in den folgenden Politikfeldern neu zu orientieren und bestehende Probleme zeitnah zu lösen. Dies gilt auch für uns als Kreisverband.

Bildung

Hochwertige und wohnortnahe Schulstandorte und Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiger Standortfaktor. Wir fordern daher eine langfristige Standortsicherheit für Schulen und Kitas in unserem Landkreis sowie im gesamten ländlichen Raum im Freistaat Sachsen. Die erforderlichen Finanzmittel für Sanierung, Aus- und Umbau sowie Neubau von Schulen und Kitas sind bereitzustellen.

Der Unterricht an Schulen ist in Sachsen abzusichern. Die grundsätzliche und dauerhafte Absicherung der Lehrerversorgung ist durch den Freistaat in seiner Funktion als Dienstherr der Lehrerschaft sicherzustellen. Die Ausbildung von neuen Lehrern muss vorausschauend bedarfsgerecht erfolgen. Wir benötigen Anreize für junge Lehrer zur Anstellung in Schulen im ländlichen Raum. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll geprüft werden. Wir regen an, dass in Sachsen pädagogische Hochschulen gegründet werden.

Ein Teil der Bildungsarbeit wird durch Schulen in freier Trägerschaft geleistet. Wir mahnen eine auskömmliche finanzielle Ausstattung dieser Einrichtungen an. Schüler an freien Schulen dürfen uns nicht weniger wert sein als Schüler staatlicher Schulen. Wir regen an, dass sorbische Schul- und Begegnungszentrum mit Lehrkräften zu verstärken, die Angebote in sorbischer Sprache in Schulen in sorbischem Siedlungsgebiet gewährleisten.

Die Kindertagesstätten in unserem Landkreis müssen unabhängig ihrer Trägerschaft dauerhaft gesichert werden. Dies umfasst ausreichend Finanzmittel des Freistaates für die Investitionen in Gebäude und Ausstattung sowie in die Qualität der Betreuung.

Innere Sicherheit

Für die Menschen im Landkreis Bautzen (ländlicher Raum) hat Sicherheit aufgrund der grenznahen Lage einen besonderen Stellenwert. Der Rückzug der Polizei aus der Fläche in den zurückliegenden Jahren hat dem Sicherheitsgefühl geschadet. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, die Polizeipräsenz im Landkreis Bautzen zu erhöhen.

Die Dienststellen im Landkreis Bautzen in Bischofswerda, Radeberg, Kamenz, Hoyerswerda und Bautzen sind zu stärken, wobei eine 24-stündige Besetzung sicherzustellen ist. Die Sicherheit der Bürger ist im Landkreis Bautzen durch eine erhöhte Präsenz zu verbessern. Die Mindestpersonalstärken der Polizeireviere müssen schnellstmöglich aufgefüllt und gehalten werden. Eine dauerhafte Präsenz von Polizeibeamten an der Grenzübergangsstelle Sohland an der Spree ist zu sichern. Die Ausrüstung der Polizeibeamten ist stetig zu verbessern und deren Bindung in Verwaltungsprozessen zu verringern.

Die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Bautzen muss stärker unterstützt werden. Hier fordern wir vom Freistaat eine Mittelzuweisung, die sich an den tatsächlichen Bedarfen orientiert. Wir setzen uns für eine angemessene Form der Würdigung für die im Ehrenamt erbrachten Leistungen der Kameraden/Innen ein. Die rechtssichere Feuerwehrrabgabe ist zu prüfen.

Stabilisierung des ländlichen Raums

Der Freistaat Sachsen ist ein Flächenland mit drei Verdichtungsräumen in und um die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz. Letztere verdanken ihre Wirtschaftskraft und ihre Attraktivität auch der Zusammenarbeit mit den umliegenden ländlichen Räumen. Außerhalb der Ballungsräume leben zwei Drittel der Einwohner des Freistaates. Die Stabilisierung der ländlichen Regionen ist eine wesentliche Aufgabe kommender Jahre und unterstützt die Gesamtentwicklung des Landes.

Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden sollten aufgrund von folgenden Faktoren errechnet werden:

1. Anzahl der Einwohner
2. die Größe der Fläche, denn flächenmäßig kleinere Gemeinden haben einen riesigen Vorteil! Flächenmäßig größere Gemeinden werden aufgrund von (Zwangs)-Fusionierungen bestraft!
3. Anzahl der Ortschaften in der Gemeinde

Ortschaftsräten muss ein sinnvoller finanzieller Spielraum für ihre Ortschaften aktiv geschaffen werden. Das ist kein Wunsch, sondern ein Muss. (in der SächsGemO leider nur eine Kann-Bestimmung).

Der Breitbandausbau ist insbesondere im ländlichen Raum zu stärken.

Wir fordern ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zum ländlichen Raum und den hier lebenden Menschen. Dieses Bekenntnis muss durch konkrete Infrastrukturmaßnahmen unteretzt werden. Die Elektrifizierung der Bahnstrecken ist eine vorrangige Aufgabe der Verkehrspolitik. Dies darf nicht von landesweit einheitlichen Mindestbeförderungszahlen abhängig gemacht werden.

Ein verlässlicher ÖPNV/SPNV ist sicherzustellen. Die kommunalen Verkehrszweckverbände müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie diese Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit ist ein einheitliches Tarifsystem unverzüglich einzurichten. Der Entwicklung neuer und alternativer Beförderungssysteme ist in Ergänzung der bestehenden Ziel- und Liniennetze eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Heimat- und Kulturvereine leisten mit ihrer Traditions- und Brauchtumspflege eine wichtige und gemeinschaftsstiftende Arbeit. Diese Vereine sind stärker zu würdigen. Die derzeitigen Instrumente zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen werden als nicht ausreichend eingeschätzt und sind auszubauen. Den Städten und Gemeinden sind haushaltsrechtliche Freiräume zu gewähren, bei denen sich die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements nicht an der Unterscheidung zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben erschöpft.

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum steht vor erheblichen Problemen. Die Kassenärztliche Vereinigung muss in die Pflicht genommen werden, mit konkreten Maßnahmen und Anreizsystemen junge Mediziner zur Niederlassung im ländlichen Raum zu bewegen. Wenn diese Bemühungen scheitern, muss der Staat entsprechende Maßnahmen ggf. auch gegen den Willen der ärztlichen Standesvertretungen durchsetzen.

Die Anzahl der Studienplätze ist aufzustocken und die Zulassungsvoraussetzungen sind zu prüfen und anzupassen.

Die notärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Sie muss grundsätzlich reformiert werden. Die Bereitschaftszeiten für Notfalldienste dürfen nicht erhöht und das zu versorgende Bereitschaftsgebiet nicht drastisch vergrößert werden. Entsprechende Honorarärzte sind über die KV zu organisieren. Der Ausbildung von Medizinern in unserem Land ist die höchste Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Zusammenarbeit der Krankenhäuser und den niedergelassenen Arztpraxen muss intensiver weitergeführt werden. Mit dem Breitbandausbau müssen telemedizinische Möglichkeiten genutzt werden.

Die Politik im Freistaat Sachsen muss die Hoheit über die Verwaltung zurückgewinnen. Zu oft wird politischer Wille durch Verwaltungshandeln konterkariert.

Beispiele dafür sind u.a. die Verwaltungspraxis auf dem Gebiet des Denkmalsschutzes oder des Natur-/Artenschutzes.

Der Landkreis Bautzen ist durch seinen Artenreichtum geprägt.

Einige artenschutzrechtliche Bestimmungen des Europäischen, Bundes- und Landesrechts entstammen Zeiträumen, in denen der Wolf in Deutschland nicht mehr ansässig war.

Die Situation hat sich grundlegend geändert. Die ungehinderte Ausbreitung der Wolfspopulation gefährdet die Nutztierhaltung und entzieht dieser die Grundlagen.

Der geforderte Herdenschutz ist unverhältnismäßig. Der Wolf ist keine bedrohte Tierart.

Wir fordern die Aufnahme des Wolfes in das allgemeine Jagdrecht, um die Konflikte zwischen Artenschutz und Nutztierhaltung zu minimieren.

Die Landwirtschaft prägt den Landkreis Bautzen. Wir verfügen über eine leistungsstarke, innovative und verantwortlich agierende Landwirtschaft.

Ideologische Diskussionen im Bereich Tierhaltung und Pflanzenschutz führen zu einer generellen Verdächtigung aller in der Landwirtschaft Tätigen. Es gilt, eine Kulturlandschaft zu schaffen und zu erhalten, die nur durch eine intakte Land- und Forstwirtschaft realisiert werden kann. Deshalb müssen die Menschen in diesem Wirtschaftszweig auch von ihrer Arbeit leben können.

Wir fordern den Freistaat auf, sich weiterhin vor seine Landwirtschaftsbetriebe zu stellen und sich dafür einzusetzen, dass die Förderkulissen der EU auch künftig eine stabile Ausübung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges gewährleistet.

Asyl & Zuwanderung

Wir stehen auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes zum Grundrecht auf Asyl und zur Aufnahme von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die entstehenden Kosten sind vom Bund zu übernehmen.

Wir erwarten von Bund und Land jedoch, den Missbrauch des Asylrechts zu unterbinden. Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, muss unser Land umgehend verlassen. Ausreisepflichtige Asylbewerber sind konsequent abzuschicken. Dies gilt auch für straffällige Asylbewerber.

Deutschland ist auf Zuwanderung qualifizierter Menschen zur Erhaltung unseres Lebensstandards angewiesen. Die Zuwanderung muss nach dem Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland transparent geregelt werden und darf sich nicht aus wirtschaftlich oder politisch motiviertem Migrationsdruck ergeben.

Fazit

Unser Landkreis, unser Land hat sich seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes außerordentlich gut entwickelt. Wir stellen uns konsequent vor die in den letzten fast 30 Jahren von den Menschen erbrachte enorme Aufbauleistung. Alle Versuche, diese abzuwerten oder herabzuwürdigen, weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Wir ermutigen alle Sachsen, diesen eingeschlagenen erfolgreichen Weg unbeirrt fortzusetzen.